

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 S. incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungsamt für England 3 R. 15 S., für Frankreich 4 R. 24 S., für Belgien 2 R. vier- teljährlich. In Warschau bei d. R. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Rußland laut R. Posttaxe.

# Ostsee-Zeitung

## und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

für den Raum einer Petitzeile 2 S.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Neumann, Neudammstr. 1.  
in Hamburg-Altona: Haasenstein & Vogler.  
in Stettin: die Expedition.

Geeignete Mittheilungen werden grat. aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

### Deutschland.

**Berlin, 27. April.** Unter dem Eindruck der, wie es scheint unangezeigten Wichtigkeit der jüngsten Meldungen über die Fortsetzung und Verstärkung der Oesterreichischen Rüstungen, wirft die „Nord-Allg. Ztg.“ die Frage auf: „Was soll Preußen diesen militärischen Vorbereitungen in Oesterreich gegenüber thun?“ Diese Frage beantwortet die ministerielle Zeitung durch eine andere Frage. „Gesezt nun“, heißt es, „Oesterreich beabsichtige wirklich nur Italien anzugreifen, darf Preußen zugeben, daß die Italiensische Armee, auf welche wir bei einem Angriffe Oesterreichs mit Wahrscheinlichkeit zählen können, unschädlich gemacht werde? Sollen wir in Italien die entmutigende Ueberzeugung befestigen, daß jenes Königreich bei einem Kriege mit Oesterreich der Isolirung ausgesetzt sei?“ und kommt dann zu dem Schluß, daß die Preussische Regierung eine große Verantwortlichkeit auf sich laden würde, wenn sie, Angesichts der neben allen Friedensversicherungen ohne Unterbrechung fortgesetzten Kriegsrüstungen in Oesterreich, ihre volle Aufmerksamkeit der Sicherstellung des eigenen Landes nicht zuwenden wollte.

Daß die Preussischen Reformprojecte bei der großen Majorität der Deutschen Regierungen die ungünstigste Aufnahme zu gewärtigen haben, kann keinem Zweifel unterliegen. Das Organ der hannoverschen Regierung, die „Deutsche Nordseeztg.“ äußert sich bereits mit dem bittersten Grolle über die Andeutungen, welche die „Prov.-Corr.“ über eine straffere Concentration der Militärkräfte gegeben hat, und wirft diesem Blatte einen vollständigen Abfall zum „Gothaismus“, und damit eine rücksichtslose Verhöhnung der geschichtlichen Wahrheit, des Rechts und der Logik vor. Man ist außer sich, daß die uralten, seit einem Jahrtausend mit ihrem Herrscherhause verbundenen Welfischen Stammlande Hannover und Braunschweig unter Preussisches Militärcommando gestellt werden sollten, zumal diese „Deutschen nationalen Stammesherzogthümer“ längst als Grundelement Deutschlands bestanden, ehe die Staatsformation der Preussischen Monarchie durch den Herrschergeist ihrer Könige geschaffen und zu ihrer heutigen Bedeutung erhoben wurde.“ Es heißt in dem Artikel weiter:

„Ist die angeblich so schwer auf Preußen lastende Schutzpflicht von den Schülern der „Provinzial-Correspondenz“ schon erbeten worden? Wir glauben nicht und wir glauben auch nicht, daß sie einen einseitigen Preussischen Schutz irgend zu erbitten Veranlassung haben, wenn anders die Erinnerungen der Geschichte ihnen nicht völlig entschwunden sind (es wird namentlich an die Besetzung Hannovers im Jahre 1805 erinnert). Der einzig wahre, würdige und kräftige Schutz für die Christen und Selbstständigkeit der Deutschen Staaten ist der Deutsche Bund. Dieses Bundes mächtige Defensivkraft hat sich nun fünfzig Jahre lang glänzend bewährt, hat Respekt verschafft den Deutschen Grenzen und Achtung dem Deutschen Namen in Europa. Geschmährt und verkleinert ist der Deutsche Bund nur von jener Sorte Denker und Patrioten, welche heute mit den Slaven, morgen mit den Italienern fraternisiren und die Gemeinschaft des Cultus der heiligen und untheilbaren Demokratie selbst auf die Dänen ausdehnen möchten. Außerhalb hat man den Bund geachtet und gefürchtet als ein noli me tangere und wird ihn so lange achten und fürchten, als nicht innere Hader und ehrgeizige Sonderpolitik die aus der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands naturgemäß hervorgegangene Form zerbröckelt. Der Schutz Deutschlands liegt nicht in der Vernichtung historischer Rechte, nicht in der Herstellung gewaltsamer Sueränitäts-Verhältnisse, sondern in der freien Einigkeit seiner Fürsten und Völkstämme unter dem nationalen Geiste des Deutschen Bundes, und der gefährlichste Feind Deutschlands ist derjenige, der diese Einigkeit stört.“

Wehnliche Ergregungen werden ohne Zweifel von allen Seiten hervorbekommen, nachdem der Athem etwas freier geworden. Nach einer Mittheilung der „Köln. Ztg.“ von hier, hätte in Augsburg eine gehobene Stimmung geherrscht: „Die Mittelstaaten hätten wieder das Bewußtsein ihrer Bedeutung und Größe gewonnen. Oesterreich, habe es geheißt, sei wieder, wenn auch nur im stillen Einverständnis, zu ihnen getreten. Einer der rührigsten mittelstaatlichen Minister soll sich in der Unterhaltung dafür so gut wie verbürgt haben, daß Oesterreich unter keinen Umständen weder in die Annerion Schleswig-Holsteins, noch in das Vallentium des Herzogs Friedrich willigen werde. Dafür erwarte es, daß ihm die Mittelstaaten vorkommenden Falles mit 150,000 Mann zu Hilfe eilen würden. Ein Vertrag sei dazu nicht erforderlich. Man versetze sich. Ein zweites Gasten sei nicht zu fürchten, wie dem Oesterreich ja auch den Gasteiner Vertrag gegen Preußens Erwarten und Absicht verwerthet habe.“

Der Württemberger „Staatsanzeiger“ schiebt nachträglich die Verantwortung für seine angebliche Oesterreichische Depesche leblich der „Gazette de France“ zu, welche dieselbe schon 14 Tage vorher mitgetheilt habe. Wiener officiöse Correspondenzen meinen, daß zwar dies und jenes mit anderweiten Neuierungen der Oesterreichischen Regierung harmoniren möge, das „Selbstbestimmungsrecht“ aber irgendwo zu proclamiren sei derselben niemals eingefallen.

Die am Dienstag ausgegebene Nr. der „Prov.-Corr.“ enthält folgende Mittheilung über das Befinden des Minister-Präsidenten: „Graf Bismarck ist von seinem Leiden noch nicht völlig hergestellt, doch ist bereits eine erhebliche Besserung eingetreten. Derselbe konnte sich wieder in anhaltenderer Weise den gerade jetzt so überaus wichtigen Geschäften seines Ministeriums widmen und sowohl mehrfache Beratungen mit den Ministern abhalten, wie auch Sr. Maj. dem König Vortrag halten, welcher die Gnade hatte, sich dazu in das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu begeben. Immerhin bedarf jedoch der Ministerpräsident noch einiger Schonung; die regelmäßigen Vorträge bei Sr. Majestät werden deshalb einstellend noch von den Vertretern des Ministers gehalten.“ (Nach der „Kreuzzeitung“ hat Graf Bismarck vorgestern bereits wieder eine Spaziersfahrt gemacht.)

Gestern war das Gerücht verbreitet, Feldmarschall Graf Wrangel sei gestorben. Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, war das Gerücht falsch.

Die auf gestern Abend nach dem Colosseum berufene und überaus zahlreich besuchte Versammlung von Wahlmännern und Urwählern des zweiten Berliner Wahlbezirks wurde nach kurzer Zeitdauer polizeilich aufgelöst. Der Vorsitzende Abg. Dr. Langerhans leitete die Verhandlung ein, indem er namentlich geltend machte, daß man und zwar abweichend von den Beschlüssen der andern drei Wahlbezirke die Ansprüche Preußens an Schleswig-Holstein nicht zu sehr betonen dürfe. Als derselbe dann die seither gemachten, aber noch unerfüllt gebliebenen Verheißungen berührte, erklärte der eine der beiden überwachenden Polizeibeamten dieselbe für aufgelöst, worauf die Entfernung der Anwesenden erfolgte.

Am Dienstag Abend wurde die Versammlung der Berliner Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, die im Saale des Handwerkervereins stattfand, in Folge einer Rede des Hrn. Assessor Richter aufgelöst. Gegenstand der Berathung war der von der Staatsregierung in der letzten Landtags-Session eingebrachte Gesekentwurf über die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften. Herr Schulze-Delisch legte insbesondere dar, daß der von der Regierung dem Herrenhause zuerst vorgelegte Gesekentwurf trotz vieles Guten, das er aus seinem (Schulze-Delisch) früher eingebrachten Vorlagen entnommen hatte, allein schon deshalb für die Genossenschaften durchaus unannehmbar sei, weil er ihre Befähigung von der jedesmaligen Entscheidung des Ober-Präsidenten abhängig mache, während die Genossenschaften Jahre lange Kämpfe durchgeföhrt hätten, um sich der Willkür der Verwaltungsbehörde zu entziehen. Schließlich legte Hr. Schulze-Delisch noch Protest ein gegen die Befahren, welche die jetzige Politik unseres Ministeriums über die der gesetzlichen Sicherstellung entbehrenden Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften heraufbeschwöre, indem man ihnen die gesetzlichen Hilfsmittel nicht gewährt habe, die im Stande seien, über solche Krisen hinweg zu helfen. Endlich warnt Herr Schulze-Delisch die Genossenschaften, ihre Credite in jetziger Zeit zu weit auszubehnen, vielmehr sei eine Einschränkung der Geschäfte nothwendig. — Darauf erhält Herr Regierungs-Assessor A. D. Richter das Wort, der „als gelehrter Polizeibeamter über die praktische Bedeutung der „Anerkennung“ durch die Oberpräsidenten spricht, und eine Menge interessanter Thatsachen aus seiner eigenen Praxis über die bureaukratische Bevormundung der Provinzialregierungen, namentlich gegenüber den Krankencassen und Versicherungsgesellschaften anführt. Nachdem der Redner seinen oft von Beifall und Heiterkeit unterbrochenen Vortrag geschlossen, erklärt der beaufschlagende Schutzmanns-Wachtmeister die Versammlung für aufgelöst.

Von einer Berufung des Hrn. v. Nobbertus in das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, weiß man in hiesigen unterrichteten Kreisen nichts. (Bf. u. Sbls.-Ztg.)

**Gumbinnen, 24. April.** Der Abgeordnete Frenzel hat vor einigen Tagen eine Vorladung zum 12. Mai nebst Anklage erhalten. Die Anklage lautet auf Verläumdung des Regierungspräsidenten Muraud, welcher Frenzel in seiner Kammerrede über den Regierungsbrand sich schuldig gemacht haben soll. Die Anklage ist von dem hiesigen Kreisgerichte auf Verfügung des Appellationsgerichts in Jüterburg vom 15. März c. eröffnet worden, und zwar unter Aufhebung des dem entgegenstehenden Beschlusses des Gumbinner Kreisgerichts vom 14. September v. J. (Pr. Litth. Ztg.)

**Gotha, 24. April.** Heute hat der Special-Landtag des Herzogthums Gotha eine Kundgebung in der obliegenden Deutschen Sprache durch einen Befragungs-Antrag gethan, der in folgender Fassung an das Ministerium gestellt worden ist:

In Erwägung, daß in dieser ereignissschweren Zeit die Vertretung auch eines kleinen Staates sich der Pflicht nicht entschlagen darf, in der deutschen Frage, die alle Herzen bewegt, ihre Stimme zu erheben; in fernerer Erwägung, daß insbesondere die Preussischen Vorschläge, bezuglich der Einberufung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Deutschen Parlaments — trotz aller Bedenken, die gegen eine dem wohlgegründeten Verlangen des Deutschen Volkes genigte Intention der Königl. Preussischen Staats-Regierung und deren bisheriger Behandlung der inneren Verfassungs-Fragen heraustritten sind — in den langjährigen Wünschen des Deutschen Volkes volle Berechtigung haben und dadurch eine doppelte Bedeutung gewinnen, daß sie hoffentlich den Weg zu einem friedlichen Austrage der obliegenden Verwickelungen bahnen: richtet der Landtag des Herzogthums Gotha an die herzogliche Staats-Regierung die Frage: welche Stellung sie jenen Vorschlägen gegenüber einzunehmen gedenke?

In dieser Aufsehung des Landtags dürfte, um mich so auszudrücken, wohl das politische Programm und Glaubensbekenntniß der Bevölkerung unseres Landes enthalten sein.

### Oesterreich.

**Wien, 25. April, Abends.** Eine Meldung der „Neuen Freien Presse“ lautet: Nach dem neuesten Finanzplan erfolgt die Uebernahme der Schatzkasseneinnahmen von 30 Millionen zu Appoints von zehntausend Gulden durch ein Pariser Consortium. Die Ausgabe von Staatsnoten ist vertagt. (Tel. d. Schle. Ztg.)

**Wien, 26. April, Nachmittags.** Die „Wiener Abendpost“ schreibt: In gewissen, der Preussischen Politik ergebenen Blättern tritt wiederholt und ziemlich unverbürgt das Bestreben auf, die Abrüstungsfrage mit dem Meritorischen der Schleswig-Holsteinschen Frage, und diese selbst wieder mit der Bundesreformfrage im Allgemeinen in Verbindung zu bringen. Daß dadurch diese Fragen nicht an Klarheit gewinnen, liegt auf der Hand. Uns scheint es sehr unzweifelhaft, daß bei einer Angelegenheit solcher Art jede künstliche Verwirrung vermieden werden müsse. Das Definitivum der Schleswig-Holsteinschen Frage hat mit der Bundesreform an sich nicht das Geringste zu thun. Wir können keinen stichhaltigen Grund dafür finden, sie von den Resultaten oder auch nur den Voraussetzungen einer neuen Organisation Deutschlands abhängig zu machen. Es wird im Gegentheil wohl kaum einem berechtigten Widerspruche begegnen, wenn wir behaupten, daß nur die Vereinfachung der betreffenden Fragen selbst auch die Vereinfachung ihrer Lösung zur Folge haben wird. Darauf, scheint uns, sollten die Bestrebungen jetzt in erster Linie gerichtet sein. (W. T. Z.)

**Wien, 26. April, Abends.** Die heutige Abendausgabe der „Neuen freien Presse“ meldet, die Italiensische Regierung habe bei den Höfen von Paris und London die Gerüchte von Truppenzusammenziehungen in Italien officiell für falsch erklären lassen, auch nicht ein Mann sei einberufen. (W. T. Z.)

**Wien, 22. April.** Dem „Lohb“ geht die Nachricht zu, die Regierung beabsichtige, vor die Commission für die gemeinsamen Angelegenheiten mit dem Vorschlage zu treten, daß für alle Zweige der Administration, mit Ausnahme des Kriegswesens, Verwaltungs-Chefs unter dem Titel Staats-Secretäre ernannt werden sollen. Das Land hingegen soll außer der Revision der 1848er Gesetze auf eine parlamentarische Regierung verzichten und jenen Verpflichtungen nachkommen, welche durch das Band der pragmatischen Sanction in Bezug auf den gemeinsamen Fürsten und die gemeinsame Vertheidigung bedingt werden. Dem Principe der Parität gemäß wären auch die Regierungsmänner der Deutsch-Slavischen Provinzen Staats-Secretäre. An der Spitze der gemeinsamen Angelegenheiten ständen vier Minister. Mit solchen Zugeständnissen werden natürlich die Ungarn lange nicht befriedigt sein.

**Berlin, 26. April.** Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem bisherigen zweiten Legation-Secretär bei der Königl. Belgischen Gesandtschaft zu Berlin, Baron Godfron Rothomb, den Königl. Kronen-Orden dritter Classe zu verleihen; den Oberst-Lieutenant a. D. Constant Heinecius zu Löwenberg in Schlesien in den Adelsstand zu erheben; den 3 überigen commissariischen Verweiser des Landraths-Amtes zu Daun, Regierungsbezirks Trier, Regierungs-Assessor Förster, zum Landrathe des Kreises Daun zu ernennen; den nachbenannten Beamten bei der Bergwerks-, Hütt- und Salinen-Abtheilung des Handels-Ministeriums, und zwar den Geh. Calculatoren Moriz Julius Graf und Friedrich Wilhelm Fischer, sowie dem Geheimen erpedirenden Berg-Secretär Friedrich Schmitz den Charakter als Rechnungs-Rath und den Geheimen Registrator Rudolph Krüger den Charakter als Canzlei-Rath zu verleihen; und dem Domkapitels-Verwalter Siegert zu Berlin den Titel Rechnungs-Rath beizulegen.

### Die Zollvereins-Conferenzen.

Unter den vielen schönen Dingen welche uns gelegentlich des Preussischen Bundesreform-Antrages wieder einmal in Aussicht gestellt werden, spielt, neben der „Organisation der Deutschen Wehrkraft“ mit dem Zubehör der Deutschen Flotte und des Nord-Ostsee-Kanals, die Förderung der Verkehrs-Interessen eine besonders hervorragende Rolle. „Die mannigfachen Interessen des Deutschen Handels und Verkehrs“, sagt die „Provinzial-Correspondenz“, „welche seither am Bunde eine gemeinsame Förderung nicht fanden und finden konnten, vielmehr nur auf dem schwierigen Wege freier Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen gefördert werden mußten, werden eine gemeinsame Behandlung und Vertretung von Bundeswegen erhalten müssen. Den Zollangelegenheiten, dem Eisenbahn-, Telegraphen- und Postwesen wird eine allseitige, lebendige Entwicklung nach allgemein nationalen Gesichtspunkten zu sichern sein.“ Zwar ist es uns einigermassen unklar, was unter der „allseitigen lebendigen Entwicklung des Eisenbahnwesens nach allgemein nationalen Gesichtspunkten“ gemeint ist; indessen die Bedenken, welche sich uns in dieser Beziehung aufdrängen, können wir vorläufig zurückhalten, da wohl noch viele Dinte verschrieben werden wird, ehe von einer ernstlichen Durchführung dieses Programmes die Rede sein kann. Die hier berührten Wünsche sind ziemlich ebenso alt, und zum Theil noch älter als die Wünsche nach einer Umgestaltung der politischen Funktionen des Bundes; aber was zu ihrer Verwirklichung bisher gechehen, bewegte sich lediglich „auf dem schwierigen Wege freier Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen“. Zollverein, Postverein, Telegraphenverein — das Alles sind Institute, welche bezwecken den Verkehrs-Interessen möglichst freie Bahn zu schaffen, unbeschadet der Souveränität der einzelnen Bundesstaaten; und jeder Versuch, welcher diesen Weg der freien Vereinbarung verlassen wollte, ist fehl geschlagen. Selbst der Zollverein, der sich nun bereits durch wiederholte ernsthafte Krisen als eine vollständig unentbehrliche Institution bewährt hat, hat trotzdem seine auf dem Princip der notwendigen Einstimmigkeit alle Vereinsglieder beruhende Verfassung bewahrt, obgleich diese Verfassung es war, welche jene Krisen herbeiführte. Wie sollten wir da hoffen dürfen, daß jetzt mit Einem Male all jene Reformen ins Werk zu setzen wären!

Was speciell die Verfassung des Zollvereins betrifft, so wäre es überflüssig, über ihre Mängel noch ein Wort zu verlieren. Für wichtiger halten wir es auf einen schon oft von uns besprochenen Uebelstand auch jetzt wieder hinzuweisen, ein Uebelstand, der für die laufenden Angelegenheiten des Zollvereins, ja selbst für etwa beabsichtigte umfassendere Reformen der Gesetzgebung und des Tarifs noch unmittelbarer schädlich wirkt, als die Verfassung des Zollvereins, während zugleich die Beseitigung dieses Uebelstandes, wenn sie nur ernstlich von der öffentlichen Meinung verlangt würde, verhältnismäßig leicht zu erreichen sein müßte. Wir meinen die Heimlichkeit der General-Conferenzen des Zollvereins. Vor wenigen Tagen ist die diesjährige Conferenz in Dresden eröffnet. Mit der größten Gewissenhaftigkeit wurden die Namen und Titel der Bevollmächtigten angegeben, auch enthielt diesmal, wenn wir nicht irren, das „Dresdner Journal“ eine Angabe über die Wochentage, an welchen die Sitzungen stattfinden werden — und weiter? Weiter haben wir alle Aussicht von den Verhandlungen nichts weiter zu erfahren, als ihren Schluß! Zwar ab und zu pflegt über die Gegenstände der Verhandlungen eine mehr oder minder zufällige Notiz in die Zeitungen zu kommen, von der es aber fraglich ist, ob sie grade die wichtigsten Dinge betrifft, und in wieviel der Leser dadurch orientirt wird. Jedenfalls sind fast alle Veröffentlichungen über die Verhandlungen so ungenügend, daß es unmöglich ist ein klares Bild über die Thätigkeit der Conferenzen, und namentlich über die einander entgegengesetzten Ansichten zu gewinnen; oder sie kommen wenigstens so spät, daß sie meist nur noch historischen Werth haben, und nur in seltenen Fällen als Material für die öffentliche Kritik von Werth sind.

Wir meinen: gegen die Forderung schleunigster Veröffentlichung der Sitzungs-Protocolle — und zwar noch während der Dauer der Conferenzen — ließe sich nicht das Geringste einwenden. Hat doch selbst der Bundesstag sich der gleichen Forderung längst nicht mehr entziehen können! Und während man zweifelhaft sein kann, ob Deutschland weniger glücklich wäre, wenn die Bundestags-Protocolle dem Deutschen Volke vorenthalten blieben, so sind wir der Ueberzeugung, daß die sofortige Veröffentlichung der Protocolle der Zollvereins-Conferenzen den Zwecken des Zollvereins in hohem Maße dienlich sein würde. Ja, wir glauben, daß durch diese Maßregel ein großer Theil derjenigen Vortheile geschaffen werden würde, welche man sich gewöhnlich nur von einem Zoll-Parlament verspricht. Das Bewußtsein der allgemeinen wirthschaftlichen Bedürfnisse ist, wenn auch im Einzelnen noch vielfach unklar, so doch im Großen und Ganzen so lebhaft erwacht, daß dasselbe in der Hauptsache bereits ziemlich dieselbe Wirkung auszuüben vermag, wie eine förmliche, staatlich anerkannte und mit bestimmten Berechtigungen versehene Vertretung der wirthschaftlichen Interessen — aber natürlich unter der Voraussetzung, daß die vorbereitenden und entscheidenden Beschlüsse nicht der Öffentlichkeit entzogen werden. Die Macht jenes Bewußtseins war es, welche in Verbindung mit der Macht der materiellen Interessen selbst, den Zollverein glücklich über die letzte Krisis hinweg geführt hat — auch ohne Parlament. Ob und wann wir ein solches erreichen werden, wird auch heute Niemand sagen können. Aber die Öffentlichkeit der Zoll-Conferenzen braucht nur ernstlich von dem zunächst unmittelbar dabei interessirten Handelsstande gefordert werden, und schwerlich wird sie lange vorenthalten bleiben.

Paris, 23. April. In den hiesigen Kreisen, welche den Krieg wollen und nur die eine Angst haben, „es möchte leider nicht zum Klappen kommen.“ ist man trotz der ruhigeren über-

Paris, 24. April. Die „France“ findet, daß die Preussische Antwort „gemäßigt und verhältnißmäßig“ gehalten und, wie sie erfahren, unter der persönlichen Eingebung des Königs redigirt sei.

Stadt Paris von 400,000 Frs. für Stadtsergeanten berathen. Paris hat gegenwärtig 3740 Stadsergeanten, die 10 Stunden effectiven Dienst und nur die dritte Nacht factisch Ruhe haben.

Jules Favre rechtfertigt in einem Briefe an die „Debats“ seine und seiner Freunde Abstimmung über den Haupt-Paragraphen des Marinegesetzes.

England.

London, 23. April. Wir stehen am Anfang einer misseriellen oder parlamentarischen Krise und binnen acht Tagen wird der Zweifel gelöst sein, ob das Ministerium Russell oder das Parlament vom Schauspiel weichen wird.

zu Stande bringen ließe, das alles gehört vorerst noch ins Reich der Speculation.

Zwei Englischen Juden steht angeblich eine große Ehre bevor. Baron Lionel Rothschild soll in den Bairstand erhoben werden, und in der City geht man mit dem Plane um, dem jetzigen (israelitischen) allgemein beliebten Lord Mayor Phillips, ein Ehrengesamt zu votiren.

In der City ist ein Individuum, angeblich ein Deutscher, das im Verdachte der Fälschung steht, verhaftet worden.

London, 23. April. Auf welche Weise die „Times“ vorgestern zu der alarmirenden Neuigkeit von der Abberufung des Grafen Karolyi aus Berlin und der Oesterreichischen Truppen aus Holstein gelangt war, erzählt sie heute selber; daß sie einer Fälschung zum Opfer gefallen, und daß, was sie erzählt, wahr ist, wird ihr Jedermann, der nicht ganz besonders gegen sie eingenommen ist, aufs Wort glauben.

Konstantinopel, 21. April. Die Conscriptirten der Jahresklasse 1863, 1864, 1865 sind einberufen.

Die Cholera-Conferenz hat die Erklärung abgegeben, die Seuche werde durch Indische Pilger eingeschleppt; es ist deshalb eine strenge Quarantäne für alle aus den Häfen des rothen Meeres oder Persischen Golfes ankommenden Indischen Schiffe anempfohlen worden.

Auf Anlaß der Exilirung von Mustafa Pascha sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Der Pariser Friedensvertrag vom 30. März 1856 hatte durch Art. 16 eine Europäische Commission eingelezt, welche eine Donaumündung-Schiffahrtsacte zu redigiren haben sollte, und zwar, wie in Art. 18 vorausgesetzt war, binnen zwei Jahren.

Athen, 21. April. Zum Bürgermeister der Stadt wurde Skouffos, ein eifriger Anhänger des vertriebenen Königs Otto, gewählt. — Die Regierung befindet sich in großer Geldverlegenheit.

Vocales und Provinzielles.

Stettin, 27. April. In der gestern stattgefundenen Versammlung des Vereins zur Behandlung von Fallisachen theilte der Vorsitzende, Herr C. F. W. Walter, mit, daß die Thätigkeit desselben im verflohenen Jahre eine wesentlich geringere war, als in den früheren Jahren.

Stettin, 27. April. In der heutigen Sitzung des Bürger-Vereins wurde ein Antrag an die Polizeidirection discutirt, welcher allseitige Zustimmung fand und einstimmig angenommen wurde.

Stettin, 27. April. Die Eisenbahn von Ost nach Schweden, welche die Verbindung von Stab nach Stockholm herstellt, wird am 30. d. eröffnet.

Stettin, 27. April. Die Eisenbahn von Ost nach Schweden, welche die Verbindung von Stab nach Stockholm herstellt, wird am 30. d. eröffnet.

Stettin, 27. April. Die Eisenbahn von Ost nach Schweden, welche die Verbindung von Stab nach Stockholm herstellt, wird am 30. d. eröffnet.

Stettin, 27. April. Die Eisenbahn von Ost nach Schweden, welche die Verbindung von Stab nach Stockholm herstellt, wird am 30. d. eröffnet.



